

# Anforderungen an eine strategische UVP - dargestellt am Beispiel der Bauleitplanung der Stadt Erlangen

Claudia RIEHL

## Einleitung

Vor der Umsetzung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Projekt-UVP in bundesdeutsches Recht hatten bereits nicht wenige Kommunen freiwillig Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt. Sie taten dies, weil sie auf diese Weise vorsorgenden Umweltschutz betreiben konnten und mittel- bis langfristig auch auf finanzielle Vorteile hofften. Inzwischen gibt es bei der Europäischen Union (EU) konkrete Bestrebungen zum Erlaß einer UVP-Richtlinie für Pläne und Programme (sog. strategische UVP). Wiederum sind es die Kommunen, die bereits seit einiger Zeit strategische Umweltverträglichkeitsprüfungen vornehmen und mit ihren Erfahrungen der Diskussion um das geplante neue Instrument Vorschub leisten können.

Im Rahmen des Forschungsvorhabens "UVP in der Bauleitplanung"<sup>1)</sup>, das vom Umweltbundesamt beauftragt und durch Mittel des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und der Europäischen Union gefördert wurde, hat das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (IFS) kommunale Erfahrungen mit der strategischen UVP auf der Ebene der Flächennutzungsplanung recherchiert und ausgewertet. Auf der Basis dieser Erfahrungen entstand ein Leitfaden zur UVP in der Bauleitplanung mit dem Schwerpunkt auf der Ebene der Flächennutzungsplanung (FNP). Die strategische UVP zur Flächennutzungsplanung der Stadt Erlangen wurde in dem genannten Forschungsvorhaben als Fallstudie vertiefend analysiert.<sup>2)</sup>

Die Erfahrungen Erlangens weisen an vielen Punkten auf Besonderheiten der strategischen UVP gegenüber der Projekt-UVP hin. Sie sollen daher in diesem Beitrag dargestellt werden. Zu diesem Zweck wird zunächst ein Überblick gegeben, wie in Erlangen die strategische UVP angelegt und in das Verfahren zur Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes integriert wurde.

Es schließen sich Hypothesen an, inwiefern sich Anforderungen an eine strategische UVP von den Anforderungen an eine Projekt-UVP unterscheiden müssen. Jede dieser Hypothesen soll durch die beispielhafte Schilderung ausgewählter Sachverhalte des Erlanger UVP-Prozesses praktisch belegt werden. Dabei wird letztlich insgesamt ein detaillierter Eindruck wesentlicher Momente der Erlanger UVP entstehen.

Das abschließende Fazit setzt die einzelnen Hypo-

thesen zueinander in Beziehung und erläutert deren Relevanz für das Gesamtprofil einer strategischen UVP.

## 1. Die Erlanger UVP zur Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes

Der Beschluß zur Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes fiel im Erlanger Stadtrat am 30.5.1990. Bis dato ist das formale FNP-Verfahren noch nicht abgeschlossen, doch wurden die wesentlichen Standortentscheidungen bereits weitgehend gefällt.

Die Zuständigkeit für das FNP- und damit für das UVP-Verfahren lag beim Referat für Stadtplanung und Bauwesen (Stadtplanungsamt), während das Referat für Recht und Umweltschutz (Umweltamt) für die Untersuchungen im Rahmen der UVP und deren Dokumentation verantwortlich zeichnete.

"Die wesentlichen Etappen des Erlanger UVP-Verfahrens waren markiert durch

das Scoping,

die sich anschließende erste UVP-Stufe, die als Umwelterheblichkeitsprüfung (UEP) zu bezeichnen ist,

den darauffolgenden, politisch letztlich nicht tragfähigen Versuch, eine erste Entscheidung über darzustellende Wohnbau- und gewerbliche Bauflächen herbeizuführen,

die Mitteilung an ausgewählte Träger öffentlicher Belange und die vorgezogene Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1. BauGB sowie

die zweite UVP-Stufe, in der die Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU) angefertigt, das UVP-Dokument erstellt und Entscheidungen seitens des Stadtrates in mehreren Sitzungen über darzustellende Wohnbau- und gewerbliche Bauflächen im FNP-Vorentwurf herbeigeführt wurden"<sup>3)</sup>

Als bedeutende Festlegungen während des ersten Scoping-Termins seien

die Auswahl potentieller Wohn- und Gewerbestandorte sowohl als Gegenstand der UVP als auch der Arbeit am FNP sowie

die Festlegung eines analogen Vorgehens bei den Arbeiten am FNP und der UVP während der ersten Arbeitsphase bzw. UVP-Stufe

genannt.

Die Auswahl potentieller Darstellungen des FNP - und damit einhergehend die Festlegung der sowohl im Rahmen des FNP- wie auch des UVP-Verfahrens zu untersuchenden Flächen - erfolgte gemeinschaftlich durch das Stadtplanungs- und das Umweltamt. Diese vorläufige Arbeitsgrundlage basierte auf Stellungnahmen seitens des Referates für Wirtschaft, Liegenschaften und Wohnungswesen, die insbesondere auf die Verfügbarkeit etwaiger Standorte Bezug nahmen, so daß von Beginn an ein realitätsnahes Vorgehen gewährleistet war. Von besonderer Bedeutung für die Festlegung potentieller Standorte war ferner eine landschaftsplanerische Stellungnahme. Sie bewirkte, daß über den Bedarf hinausgehend Flächen in die Auswahl potentieller Standorte einbezogen wurden, die aus landschaftsplanerischer Sicht nach einer ersten Grobeinschätzung unbedenklich erschienen. Auf diese Weise war es seitens der UVP möglich, nicht allein die Verhinderung einer Darstellung besonders umweltunverträglicher Standorte anzustreben, sondern konstruktiv mit Flächenalternativen in den Auswahlprozeß darzustellender Wohnbau- und gewerblicher Bauflächen einzugreifen.

Eine Besonderheit der ersten UVP-Stufe stellt die analoge Arbeitsweise am Flächennutzungsplan und der UVP dar: Das Stadtplanungsamt und das Umweltamt stimmten sich über die jeweiligen Arbeitsprogramme bis hin zum Bewertungsrahmen für die fraglichen Flächen ab, so daß eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse gewährleistet und eine gemeinsame Ergebnisaufbereitung zur Vorlage im Stadtrat erstellt werden konnte. Für das Gelingen dieser analogen Arbeitsform waren prozeßbegleitende informelle Scoping-Termine zwischen den beiden Ämtern bestimmend.

Der ersten Arbeitsstufe am FNP und der UVP kam nach der verwaltungsinternen Intention eine Abschichtungsfunktion zu, denn das Ziel dieser Arbeit war das Ausscheiden von besonders umweltunverträglichen Standorten einerseits und das Festlegen besonders gut geeigneter Flächen andererseits, um die folgenden Untersuchungen nur für problematische Flächen weiterzuführen. Verwaltungsintern konnte eine Einigung auf diese Flächen erzielt werden, während dies auf politischer Ebene im Stadtrat nicht mitgetragen wurde (zu den Gründen vgl. Pkt. 2.1). Die Schritte der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der Mitteilung an ausgewählte Träger öffentlicher Belange (TÖB) im Rahmen des FNP-Verfahrens wurde seitens der UVP mitgenutzt. Hierfür wurden umweltrelevante Informationen in die versandten bzw. ausgelegten Unterlagen integriert.

Wenn auch während der zweiten UVP-Stufe die Untersuchungen mit den Arbeiten am FNP laufend koordiniert wurden, so wurden sie doch - im Gegensatz zur ersten UVP-Stufe - methodisch unterschiedlich von diesen angelegt. Die Umweltverträglichkeitsstudie beinhaltete Vertiefungsuntersuchungen, methodische Erweiterungen (vgl. Pkt. 2.6), bezog zusätzliche Dispositionsflächen bzw. Flächen anderer Nutzungsarten (z. B. Verkehrsflächen,

Grünflächen) ein und mündete in die Erstellung eines eigenständigen UVP-Dokumentes.

Trotz eigenständiger inhaltlicher UVP-Arbeit wurden die Arbeitsergebnisse laufend in den Arbeitsprozeß am FNP eingespeist und mit der eigenen Arbeit rückgekoppelt. Die Steuerung des politischen Anteils des Planungsprozesses (Zeitpunkt und Art der Vermittlung der Arbeitsergebnisse auf die politische und öffentliche Ebene) erfolgte schließlich nach gemeinschaftlicher Abstimmung.

Ziel der zweiten Arbeitsstufe war die definitive Auswahl der Darstellungen im FNP sowie die Festlegung von Ausgleichs- und Ersatzflächen. Abbildung 1 gibt wesentliche Elemente des Erlanger UVP-Prozesses zusammenfassend wieder.

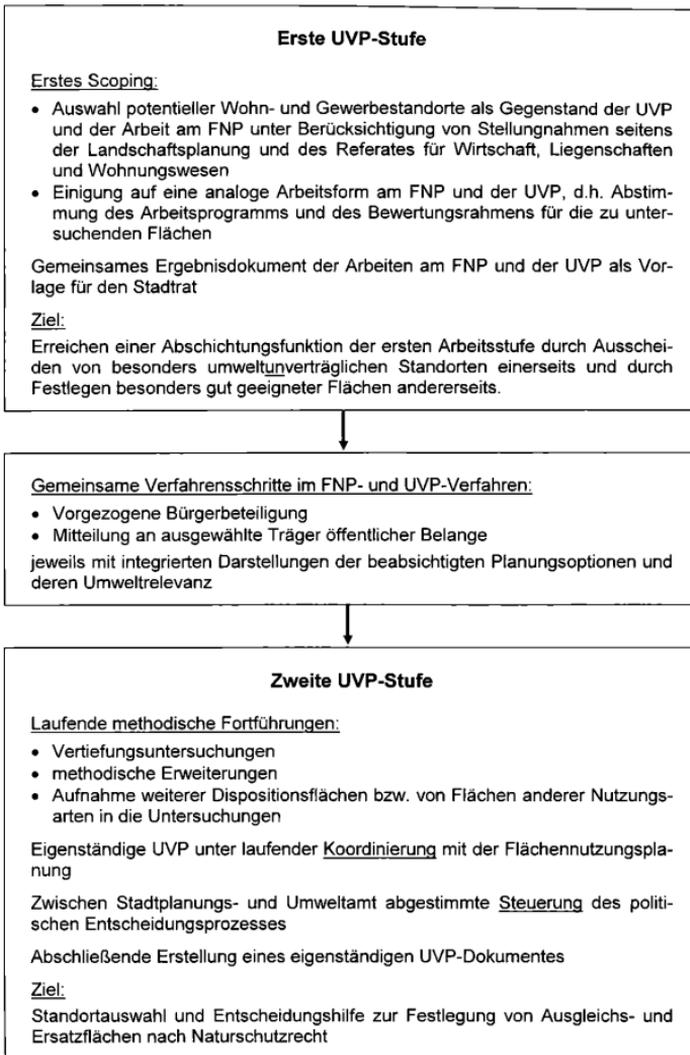
## 2. Hypothesen zur strategischen UVP

Die Flächennutzungsplanung stellt - wie bereits erwähnt - eine strategische Planungsebene dar. Dennoch liegt sie vergleichsweise näher an der Projektebene als etwa Regionalpläne und -programme, übergeordnete Fachpläne und -programme, Landesentwicklungspläne und -programme oder gar die Entwicklung parteipolitischer Programme. Deshalb werden zwar manche Unterschiede der strategischen UVP im Erlanger FNP-Verfahren im Vergleich zu einer Projekt-UVP bei einer näheren Analyse dieses Beispiels durchaus erkennbar sein. Die Bedeutung mancher scheinbar zunächst unauffälliger Veränderungen wird jedoch erst dann augenscheinlich, wenn es Hypothesen im Hintergrund gibt, welche Veränderungen bei einer strategischen UVP ganz generell zu erwarten sind. Diese Hypothesen können den analytischen Blick auf das vorliegende Beispiel schärfen und eine Einordnung der Beobachtungen vor dem Erwartungshintergrund erleichtern.

Insofern erscheint es hilfreich, besonders wichtige oder besonders schwierige Aspekte der Projekt-UVP aufzugreifen und deren zu erwartende Veränderung vor dem Hintergrund strategischer Entscheidungen zu diskutieren. Der Veränderungstrend wird dabei um so deutlicher, je weiter die fragliche strategische Ebene von der Projektebene entfernt anzusiedeln ist. Dies ist z.B. bei der Entstehung politischer Strategien der Fall, weshalb die politische Ebene hier als Zielebene der Überlegungen dienen soll. Bei den oben genannten Plänen und Programmen wird die Ausprägung der zu diskutierenden Aspekte zwischen der Projekt-UVP und der strategischen UVP im Politikbereich anzusiedeln sein.

### 2.1 Charakter des Instrumentes

Bereits bei der Projekt-UVP wird der Doppelcharakter des Instrumentes deutlich: Es handelt sich sowohl um ein fachliches als auch um ein politisches. Das Anliegen bei der Konzeption des Instrumentes bestand in erster Linie in der fachlichen Fundierung der Entscheidungsfindung durch eine strukturierte Einstellung umweltrelevanter Aspekte in Abwägungs- und Genehmigungsentscheidun-



**Abbildung 1**

**Die Erlanger Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zum Flächennutzungsplan im Überblick.**

gen. Den Umweltbelangen sollte dadurch ein angemesseneres Gewicht gegenüber anderen Belangen zukommen. Da bei vielen Projekten, für die eine UVP durchgeführt wurde, die Projektrealisierung bereits vor Beginn der UVP feststand, lag deren Aufgabe hauptsächlich in der fachlichen Optimierung der Projekt-Konzeption bzw. günstigstenfalls in der Beeinflussung der Standortwahl des Projektes.

Durch die zwischenzeitlich mit der Projekt-UVP gesammelten Erfahrungen wird deutlich, daß dem Verfahren der Projekt-UVP gegenüber der Umwelt-

verträglichkeitsstudie eine ungleich größere Bedeutung zukommt als zunächst angenommen. Dies liegt nicht zuletzt darin begründet, daß die großen Maßstäbe der Projekte unweigerlich politische Implikationen mit sich bringen, auf die Projekt-Modifikationen zurückwirken können (z.B. Reduzierung der Anzahl erwarteter neuer Arbeitsplätze durch Zurückfahren der geplanten Kapazitäten einer Ferien-großeinrichtung).

Soll eine UVP nun jedoch direkt in den Entstehungsprozeß einer politischen Strategie eingreifen, stehen die politischen Implikationen geradezu im

Vordergrund - sie sind der "Untersuchungsgegenstand" der strategischen UVP. Die Untersuchungen bilden das Material, anhand dessen die politischen Diskussionen geführt werden (sollten). Insofern besitzen beide Instrumente - die Projekt-UVP und die strategische UVP - den Doppelcharakter eines sowohl fachlichen wie auch politischen Instrumentes; jedoch ist die Bedeutung des politischen Anteils gegenüber dem fachlichen Aspekt bei der strategischen UVP ungleich größer als bei der Projekt-UVP (zur Gegenüberstellung von Projekt-UVP und strategischer UVP vgl. jeweils auch Tabelle 1).

Zu erkennen ist die große Bedeutung des politischen Anteils am Charakter der strategischen UVP *im Fall Erlangens* z.B. am Scheitern der Abschichtungsfunktion der ersten UVP-Stufe. Obwohl verwaltungsintern - d.h. aus fachlicher Sicht - die beabsichtigte Flächenvorauswahl einvernehmlich zwischen Stadtplanungs- und Umweltamt getroffen werden konnte, wurde diese Vorentscheidung auf politischer Ebene im Stadtrat nicht mitgetragen. Dies lag jedoch nicht in Gründen, die seitens der UVP zu vertreten gewesen wären. Die Entscheidung bezog sich auf den klassischen politischen Konflikt, der in der Stadtentwicklung auftritt: Eine aus umweltpolitischen und städtebaulichen Gründen restriktiv gestaltete Ausweisungspolitik steht hier im Konflikt zu einer großzügigen Ausweisung aus Gründen der Steuerung der Grundstückspreise. Ferner mag eine Rolle gespielt haben, daß ganz generell eine Einengung des politischen Spielraums zu einem vergleichsweise frühen Verfahrenszeitpunkt von den Beteiligten nicht gewünscht wurde, da sich die politischen Prozesse erst mit einer hinreichenden Konkretisierung der Planungsabsicht zu entwickeln beginnen.

Auch im Sprachgebrauch seitens der Verwaltung ist eine deutliche Bezugnahme auf die politische Akzeptanz der Berücksichtigung umweltrelevanter Belange zu erkennen. Entsprechend der Ausprägung dieser Akzeptanz wurde während der ersten UVP-Stufe und für den Verfahrensschritt der Mitteilung an die Träger öffentlicher Belange aus politischen Gründen auf die Bezeichnung "UVP" verzichtet, wengleich deren Ergebnisse durchaus vermittelt wurden. Sie wurden in die Arbeits- und Abstimmungsvorlagen für den Stadtrat als selbstverständlicher Anteil integriert. Im Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange (TÖB) war z.B. von "ökologischen Gesichtspunkten" oder der "Dokumentation des räumlich-ökologischen Konfliktmaterials" zu lesen. Erst mit zunehmender Verfahrensdauer und Auseinandersetzung der politischen VertreterInnen mit umweltrelevanten Aspekten konnten diese eigenständig instrumentalisiert und dargestellt werden. Die politische Akzeptanz für das Instrument UVP war während der zweiten UVP-Stufe gegeben. Ein weiteres Indiz für die große Bedeutung der strategischen UVP als politisches Instrument stellen die Zwischenabstimmungen des Stadtrates im Verlauf der zweiten UVP-Stufe dar: Mehrfach konnte für die Abstimmungsvorlage des Stadtplanungsam-

tes (die im Einvernehmen mit dem Umweltamt erstellt worden war) mit der darin vorgeschlagenen Standortauswahl keine Mehrheit erreicht werden. Daraufhin wurden unstrittige Flächen in der Vorlage belassen und beschlossen. Im Hinblick auf die strittigen Flächen konnte durch umfangreiche Diskussionen, in die umweltrelevante Argumente eingebracht wurden, schließlich das Bewußtsein der politischen EntscheidungsträgerInnen für die Bedeutung der Umweltaspekte erhöht werden. Eine Veränderung erneuter Abstimmungsergebnisse konnte in der Folge insbesondere dann erreicht werden, wenn vertiefte Umweltuntersuchungen als Änderung der Sachlage einen Anlaß zur Meinungsänderung boten. Schließlich weist eine weitere Beobachtung auf das Gewicht des politischen Anteils am Charakter der strategischen UVP hin: Während die Untersuchungen im Rahmen der UVP zu keinerlei Verzögerungen für die Arbeit am FNP führten, kam es nach Aussagen eines politischen Vertreterers zu einem erhöhten zeitlichen Aufwand für die auf politischer Ebene zu führenden Diskussionen über die Standortentscheidungen, u.a. um die Ergebnisse der UVP hinreichend zu berücksichtigen. Diese Diskussionen wurden häufig in Anwesenheit kompetenter Ansprechpartner aus der Verwaltung geführt. Die Vermittlung der UVP-Ergebnisse auf die Ebene der politischen EntscheidungsträgerInnen stellte einen deutlichen Arbeitsschwerpunkt der Erlanger UVP dar.

## 2.2 Transparenz / Nachvollziehbarkeit

Die transparente und nachvollziehbare Gestaltung des UVP-Dokumentes kann auf der Projektebene durch eine Vielzahl von Fachbegriffen aus dem natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich erschwert werden. Für Laien ist zudem häufig die Fülle an Detailinformationen verwirrend, die ein Erkennen der wesentlichen Informationen behindern. Erfahrungen mit den "allgemeinverständlichen Zusammenfassungen" zeigen, daß diese häufig nicht zum Ausgleich der genannten Schwierigkeiten beitragen.<sup>4)</sup>

Auch auf einer strategischen Ebene steht zu erwarten, daß die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der UVP-Dokumente für Dritte schwierig zu erreichen sein wird. Dies wird vermutlich insbesondere durch die sehr komplexen Beziehungen der Umweltverträglichkeitsuntersuchungen zu anderen, tangierenden Fachgebieten mit entsprechendem Fachvokabular und den beteiligten Verwaltungen bedingt sein (unterschiedliche Verwaltungsstrukturen befördern verschiedene Informationsstrukturen).

Neben der generellen Informationsvielfalt und -fülle gilt es in der strategischen UVP zudem in erster Linie, verschiedene mögliche Entwicklungen zum Gegenstand der Untersuchung zu machen, wodurch die Einordnung einzelner, relevanter Informationen - nicht nur für Außenstehende - schwer fallen kann. Schließlich ist die Orientierung zu wahren im Rahmen eines stark prozeßhaften Planungsvorgangs, bei dem jederzeit die Zielrichtung des Prozesses

selbst verändert werden kann oder muß (vgl. auch Tab. 1).

Das Erlanger Beispiel zeigt sehr deutlich, wie die komplexen Beziehungen bei der Erarbeitung eines Flächennutzungsplanes auch in die Arbeit an der UVP greifen: In die Arbeiten einzubeziehen waren sowohl längerfristige Entwicklungsoptionen (z.B. Wohnraumbedarf für die zu erwartende Einwohnerentwicklung) als auch kurzfristige Planungsentscheidungen (z.B. aufgrund konkreter Investorenanträge). Abstimmungen waren mit verschiedenen Planungsebenen und -ressorts zu treffen (übergeordnete Regionalplanung, Stadtentwicklungsplanung, Bebauungsplanung, verschiedene Fachplanungen). Die Zeit- und Arbeitsplanung im integrierten FNP- und UVP-Verfahren zeigte sich beeinflusst durch Art und Zeitpunkt verschiedener Entscheidungsfindungen anderer Planungsebenen und -ressorts (z.B. im Hinblick auf die Trassenführung der Stadt-Umland-Bahn). Insofern bestand die Anforderung an die UVP nicht in der Fertigstellung bestimmter Untersuchungen zu einem vereinbarten Zeitpunkt, sondern in der prozeßhaften Einspeisung von umweltrelevanten Informationen (Untersuchungsergebnissen) in das FNP-Verfahren. Die Informationen mußten dabei für eine geeignete Verwertung in unterschiedlichen Detailschärfen aufbereitet werden.

Mithin stellten zum einen die Quantität der zu verarbeitenden (und zu vermittelnden) Informationen mit ihren unterschiedlichen Detailschärfen, zum anderen der Prozeßcharakter der UVP - ab einer bestimmten Umfänglichkeit - eine Herausforderung hinsichtlich der Transparenz und Nachvollziehbarkeit der UVP-Dokumentation dar. Schon allein die Einbindung von Vorgaben seitens der Regionalplanung und seitens der Bebauungsplanung stieß im Fall Erlangens bei der Wiedergabe in UVP-Dokumenten, die der Information politischer EntscheidungsträgerInnen dienen, auf Grenzen (z.B. in Erläuterungen für Beschlußvorlagen). Andernfalls wären die Dokumente überfrachtet und für Laien intransparent geworden (in die fachliche Arbeit mußten diese Vorgaben gleichwohl einfließen).

Zusätzlich sei im Hinblick auf die Transparenz auf eine Besonderheit im Falle Erlangens hingewiesen: Da die politische Akzeptanz der UVP, d.h. von eigenständig instrumentell verankerten Umweltuntersuchungen, nicht von Beginn an gegeben war, lag es zunächst im Interesse der UVP, den instrumentellen Rahmen nicht in den Vordergrund zu stellen (vgl. Pkt. 2.1, Ausführungen zum Sprachgebrauch). Dies zwang bis zum Abschluß der ersten UVP-Stufe dazu, eine Entscheidung zu treffen zwischen dem Anspruch nach Transparenz und dem Ziel einer nach und nach zu erreichenden politischen Akzeptanz bzw. Integration der UVP-Ergebnisse in die politische Diskussion. Sie fiel zugunsten der Akzeptanz und war in dieser Hinsicht erfolgreich. Ab der zweiten UVP-Stufe war das Instrument UVP unter den AkteurInnen bekannt und anerkannt. Nachteilig wirkte sich diese Entscheidung jedoch

auf die Informationsgewinnung im Rahmen der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der Mitteilung an ausgewählte Träger öffentlicher Belange aus: Die Antworten der TÖB enthielten selten Bezüge zu den Umweltauswirkungen, die integriert in den von der Verwaltung versandten Unterlagen angesprochen waren.

### 2.3 Verfahren

Wenngleich die Projekt-UVP kein eigenständiges Verfahren, sondern einen unselbständigen Teil eines Verwaltungsverfahrens darstellt, sind doch die Erarbeitung der Umweltuntersuchungen vom Planungsverfahren erkennbar zu trennen, und der formale Rahmen ist eindeutig vom Planungsverfahren vorgegeben.<sup>5)</sup> Bei der Entstehung von politischen Strategien hingegen kann sich die UVP an keinen formalen Rahmen anbinden. Sie muß selbständig mit politischem Gespür in die laufenden Prozesse eingebracht werden. Eine ständig wechselnde Auseinandersetzung mit tagespolitischen und längerfristigen Aktualitäten stellt eine der wesentlichen Arbeitsgrundlagen der strategischen UVP dar. Die umweltrelevanten Aspekte der politischen Perspektiven müssen in die Diskussion eingespeist und deren Ergebnisse in die Untersuchungen rückgekoppelt werden. Dieses Vorgehen gestaltet sich gegenüber der Projekt-UVP sehr viel flexibler, weil es inhaltlich ungleich variabler und komplexer sowie sehr viel zeitaufwendiger verläuft (vgl. auch Tab. 1).

Obwohl die Fortschreibung eines Flächennutzungsplanes im Rahmen eines formal geregelten Verfahrens abläuft, sind deutlich Merkmale zu erkennen, die den stringenten formalen Rahmen informell erweitern oder aufzulösen beginnen: Erkennbar ist dies zum einen an den im Laufe des Verfahrens variierenden Planinhalten: Diese sind z.B. bedingt durch Veränderungen von Flächenverfügbarkeiten, von wechselnden Planungerfordernissen wegen geänderter Informations- und Sachlagen, von veränderlichen politischen Rahmenbedingungen wie unterschiedlicher Investorenpräsenz oder wechselnden Zusammensetzungen des politischen Entscheidungsgremiums (hier: Stadtrat), da sich das Verfahren in der Regel über zwei oder mehr Wahlperioden erstreckt, u.a.m.

Zum anderen zeigt sich das Erfordernis einer (inhaltlichen) Integration und Mitsteuerung anderer Verfahren: Über die Ebene der Flächennutzungsplanung können Intentionen übergeordneter und nachgeordneter Planungsebenen entweder unterstützt oder erschwert werden, d.h. inhaltlich können mehrere Verfahren gleichzeitig tangiert sein.

Ähnlich wie sich die Arbeiten an der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes ändern, mußte in Erlangen mit den Untersuchungen zur Umweltverträglichkeit flexibel auf die wechselnden Planungsinhalte reagiert werden. Dabei zeigte sich gerade zu Beginn des Verfahrens, daß die UVP hier nicht in einer allein reaktiven Rolle verhaftet bleiben mußte, sondern durchaus eigenen Gestaltungsspielraum

besaß und diesen z.B. durch Einbringen eigener Standortvorschläge kreativ nutzte. Im Hinblick auf die inhaltliche (informelle) Integration anderer Planungsverfahren zeigt das Beispiel, daß im Rahmen der UVP für den Flächennutzungsplan eine Auseinandersetzung mit Projekt-Umweltverträglichkeitsprüfungen genauso erforderlich war wie eine Abstimmung mit landschaftsplanerischen Zielen oder mit Vorgaben der Regionalplanung.

#### 2.4 Steuerung / Koordinierung

Für das Gelingen einer Projekt-UVp sind umfangreiche Steuerungs- und Koordinierungsarbeiten erforderlich. Für die strategische UVp muß dies um so mehr gelten, als die zu bewältigenden Inhalte und Prozesse, wie bereits beschrieben, sehr komplex sind.

Die Bedeutung von Koordinierungs- und Steuerungsanteilen ist aber bei der Projekt- und bei der strategischen UVp unterschiedlich einzuschätzen: Während bei der Projekt-UVp die zu vernetzenden Elemente (wie z.B. Umwelt- und Projektinformationen, Beteiligte und Planungsziel) weitgehend gegeben bzw. bekannt sind, mithin also vorwiegend im Zusammenspiel koordiniert werden müssen, sollen mit der strategischen UVp unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten erkannt, erörtert und der Entscheidungsprozeß entsprechend gesteuert werden. Allein durch Koordinierung werden aber noch keine Entwicklungsoptionen sichtbar. Diese ergeben sich erst in der Abschätzung zukünftiger, wechselseitiger Beeinflussung unterschiedlicher Handlungs- und Politikbereiche. Für diese fachliche Arbeit und vor allem für die Steuerung in Richtung einer ausgewählten Entwicklungsoption<sup>6)</sup> gilt es wechselnde strategische Allianzen zu initiieren, AkteurInnen einzubinden, durch gezielte Informationsverbreitung neue Diskussionsräume zu eröffnen etc. Der Schwerpunkt der strategischen UVp liegt daher eindeutig im Bereich der Steuerung (vgl. auch Tab. 1), wengleich eine gute Koordinierung natürlich eine wesentliche Voraussetzung nicht allein der fachlich-inhaltlichen Arbeit, sondern auch der Steuerung darstellt.

*Im Beispiel Erlangen* stellte die verwaltungsinterne Koordinierung eine Selbstverständlichkeit dar, die zeitnah zum Auftreten neuer Sachlagen in Form informeller Treffen zwischen dem Stadtplanungs- und dem Umweltautamt stattfand. Auf der Basis dieser Koordinierung konnten verwaltungsintern die Umweltergebnisse optimal in den Planungsprozeß integriert werden und ermöglichten einen verwaltungsinternen Konsens über anzustrebende Planungsoptionen im Flächennutzungsplan. Diese reibungslose fachliche Verständigung erlaubte wiederum die gemeinsame und daher sehr effektive Vermittlung (Steuerung) der Verwaltungsergebnisse auf die politische Ebene. Sie artikulierte sich z. B. in gemeinsamen Beschlußvorlagen für den Stadtrat und in einheitlichen Argumentationslinien anläßlich öffentlicher Diskussionen oder im Rahmen von Aus-

schußsitzungen. Als Steuerungsaktivitäten sind ferner die "strategischen Allianzen" anzusprechen, die je nach Bedarf mit der übergeordneten Regionalplanungsebene oder auch mit der nachgeordneten Bauungs-(B-)Plan-Ebene gebildet wurden: Die dort erwarteten oder festgestellten Darstellungen und Festsetzungen dienten der zusätzlichen argumentativen Unterstützung ("Sachzwang") angestrebter Optionen im Flächennutzungsplan. Das Zeitmanagement des Planungsprozesses war insbesondere im Kontext dieser erwarteten Festsetzungen von besonderer Bedeutung.

Das große Gewicht, das den Steuerungsprozessen im Fall Erlangens zukam, läßt sich bereits am erheblichen zeitlichen Aufwand ermesen, den diese Aktivitäten beanspruchten. Der Steuerungsaufwand ließ sich u.a. deshalb wenig durch planvolle und damit zeitraumere Maßnahmen beeinflussen, weil die erforderliche Informationsgewinnung ("politisches Hintergrundwissen") häufig auf informellem Wege erfolgte und sich einer gezielten "Abfrage" bei den jeweils betroffenen AkteurInnen entzog.

#### 2.5 Beteiligungen

Die auffälligsten Unterschiede zwischen der Projekt-UVp und der strategischen UVp sind im Bereich der Beteiligungen zu sehen. Sie resultieren aus den unterschiedlichen Konkretisierungsgraden der Untersuchungsgegenstände (Projekt bzw. Programm). Während Projekte konkret vorstellbar (faßbar) und verortbar sind bleiben Programme oft wegen ihres übergreifenden Charakters notwendigerweise schon allein sprachlich im Bereich unterschiedlich interpretierbarer Begriffe. Aber selbst bei weitgehender sprachlicher Präzisierung (also Einengung der Interpretationsmöglichkeiten) sind programmatische Ziele selten räumlich fixiert (allenfalls werden größere geographische Bereiche angesprochen).

Für die Projekt-UVp resultiert aus dem konkreten Vorhaben am angegebenen Ort zumindest eine unmittelbare Betroffenheit der am Ort Ansässigen. Allein diese Betroffenheit ist häufig bereits geeignet, das Interesse der Ansässigen am Projekt zu wecken. Ziel der Beteiligungen bei der Projekt-UVp ist daher eine unmittelbare Bürgerbeteiligung und die Ansprache der für den Ort zuständigen Träger öffentlicher Belange. Über die mögliche Mitwirkung der Betroffenen und der TÖB soll das Projekt optimiert und seine Akzeptanz gesteigert werden. (Selten kann mittels der Projekt-UVp das Projekt als solches in Frage gestellt werden.) Die praktizierten Beteiligungsformen sind in der Regel die übersichtliche Aufbereitung des UVp-Dokumentes, dessen Bekanntmachung via Auslegung und die Anhörung der Betroffenen im Rahmen eines Erörterungstermins. Wengleich die Praxis immer wieder zeigt, daß dieser theoretische Ansatz in der Umsetzung optimierungsfähig ist<sup>7)</sup>, kann er doch prinzipiell im Verhältnis zum originären Planungsverfahren als zweckdienlich bezeichnet werden.

Tabelle 1

Ausgewählte Aspekte der Projekt-UVp und der strategischen UVp im Vergleich.

	Projekt-UVp	Strategische UVp
Aspekt	Projekt <-----> Plan/Programm <-----> Politik	
<b>1 Charakter des Instrumentes</b>	Betonung des fachlichen Anteils	Betonung des politischen Anteils
<b>2 Transparenz/ Nachvollziehbarkeit</b>	Erschwert durch <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachbegriffe aus Natur- und Ingenieurwissenschaften;</li> <li>• umfangreiche Detailinformationen</li> </ul>	Erschwert durch: <ul style="list-style-type: none"> <li>• komplexe Beziehungen zu anderen Fachgebieten und Verwaltungen sowie deren Fachbegriffen;</li> <li>• große Vielfalt möglicher Entwicklungen;</li> <li>• prozeßhaften Planungsvorgang</li> </ul>
<b>3 Verfahren</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• formales Verfahren</li> <li>• UVp und Planungsverfahren sind gut zu trennen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• kein formales Verfahren</li> <li>• UVp und „Entstehung von Politik“ sind kaum zu trennen;</li> </ul>
<b>4 Steuerung/ Koordinierung</b>	Zusammenspiel von: <ul style="list-style-type: none"> <li>• UVp und Projektplanung</li> <li>• fachlicher und politischer Ebene (mit Beteiligungen)</li> </ul> <p>Einbindung der UVp in ein formales Verfahren</p> <p><u>Schwerpunkt:</u> Koordinierung</p>	Zusammenspiel von: <ul style="list-style-type: none"> <li>• UVp und thematisierter Politikbereich</li> <li>• verschiedenen weiteren Handlungs- und Politikbereichen</li> <li>• fachlicher und politischer Ebene</li> </ul> <p>Einbringen der UVp in den „freien Raum“ politischer Diskussion - kein formales Verfahren</p> <p><u>Schwerpunkt:</u> Steuerung</p>
<b>5 Betroffenheit</b>	unmittelbare/direkte Betroffenheit	mittelbare Betroffenheit Einzelner; Entscheidungen mit gesellschaftlicher Relevanz
<b>Beteiligungen</b>	BürgerInnen- und TÖB-Beteiligung zur Mitwirkung;	Öffentlichkeitsbeteiligung, insbes. mit repräsentativen VertreterInnen;
<b>Beteiligungsform</b>	<u>Ziel:</u> Projektakzeptanz und Projektoptimierung	<u>Ziel:</u> gesellschaftliche Konsensbildung bzw. tragfähiger Kompromiß
	Übersichtliche Aufbereitung des UVp-Dokumentes, Auslegung, Anhörung	Einsatz spezieller Vermittlungstechniken, verstärkter Medieneinsatz
<b>6 Datenbasis/ Methoden</b>	Arbeiten mit detailliertem Umweltwissen	Arbeiten mit aggregiertem Umweltwissen; verstärkter Methodenmix
<b>7 Wechselwirkung/ Folgewirkung/ Kumulationen</b>	Naturwissenschaftliche Beziehungen	Wirkungen auf andere Politikbereiche, erhöhte human-ökologische und umwelt-ökonomische Relevanz
<b>8 Prognoseunsicherheiten</b>	Prognoseunsicherheiten sind anzugeben, haben in der Regel geringe Bedeutung	Prognoseunsicherheiten sind eines der Hauptthemen der strategischen UVp
<b>Beginn der UVp</b>	Frühzeitigkeit: Beginn mit dem jeweiligen Planungsverfahren bzw. im konkreten Planungsvorlauf	Vorausschauende (Initial)wirkung der UVp; zukünftig zu erwartendes, umweltrelevantes Konfliktpotential als Handlungsanlaß;
		<u>Voraussetzung:</u> kontinuierliche Beobachtung aller Politikbereiche im Zusammenwirken

Auf der strategischen Ebene kann bestenfalls von einer mittelbaren Betroffenheit Einzelner gesprochen werden. Bei der Festlegung des Programms gilt es Entscheidungen von gesellschaftlicher Relevanz zu treffen. Die Auswirkungen im Alltagsleben sind vielfach nicht unmittelbar zu spüren oder direkt auf einzelne programmatische Festlegungen zurückzuführen, sondern sie teilen sich nur mittelbar mit oder entstehen z.B. im Zusammenwirken der Festlegungen mit tangierenden Bereichen (Auswirkungen sind keine Monokausalitäten). Im Hinblick auf die Beteiligungen muß die Forderung für die gegebene Konkretisierungsebene und die Art der Betroffenheit daher konsequenterweise als Einbeziehung der "Gesellschaft" oder der "Öffentlichkeit" formuliert werden. Für die praktische Umsetzung müssen die Begriffe "Gesellschaft" und "Öffentlichkeit" z. B. in "repräsentative VertreterInnen" übersetzt werden, da sonst eine unmittelbare Diskussion unmöglich wird. Da aber die Beteiligung einzelner BürgerInnen nicht ausgeschlossen werden soll, vielmehr in größerem Rahmen erwünscht ist, kann z.B. ergänzend eine gesamtgesellschaftliche Diskussion angeregt werden. Die dabei ausgetauschten Argumente sollten in den Kreis der EntscheidungsträgerInnen rückgekoppelt werden. Um diese Diskussion zu führen, bedarf es des Einsatzes spezieller Vermittlungstechniken mit verstärktem Medieneinsatz. Einer phantasievollen Anwendung moderner Kommunikationsmittel sei hier Tür und Tor geöffnet. Ziel des Diskussionsprozesses ist die gesellschaftliche Konsensbildung oder zumindest die Aushandlung eines tragfähigen, allseits akzeptierten Kompromisses (vgl. auch Tab. 1).

*Im Fall Erlangens* mußte insgesamt festgestellt werden, daß das Interesse der Bevölkerung an der UVP zum Flächennutzungsplan so gering war, wie das Interesse an der Flächennutzungsplanung selbst. Es zeigte sich deutlich, daß originelle Ideen erforderlich sind, um ein Mitwirken der Ansässigen anzuregen. Die herkömmlichen Verfahrensschritte der Auslegung und Anhörung wurden in der Hauptsache von organisierten InteressensvertreterInnen wahrgenommen (z.B. Grüne Liste).

Die Mitarbeiter der Erlanger Stadtverwaltung haben versucht, das Gefühl der Betroffenheit Einzelner zu erhöhen, indem sie Bürgerversammlungen nicht nur für die Gesamtstadt abhielten, sondern in einzelnen Ortsteilen jene Planungsoptionen des Flächennutzungsplanes vorstellten, die den jeweiligen Ortsteil betrafen. Die Erfahrung hat hier gezeigt, daß es schwierig ist, im Rahmen einer Ortsteildiskussion die gesamtstädtische Relevanz der Optionen zu verdeutlichen. So es denn gelang, kam es nicht selten auf der Ebene der Ortsteile zu dem analogen Phänomen, das auf der Projektebene in der Literatur häufig als "Nimby-Syndrom" bezeichnet wird ("not in my backyard"). Das Erhöhen des Betroffenheitsgefühls ist demnach nicht notwendigerweise geeignet, die Problemlage von einem übergeordneten Standpunkt aus zu betrachten und gesamtgesellschaftlich - bzw. hier gesamtstädtisch - zu argumentieren.

Die Schwierigkeit schließlich, den Zusammenhang von Umweltuntersuchungen und Flächennutzungsplanung zu verdeutlichen, wurde in Erlangen so gelöst, daß diese beiden Bereiche nicht erst getrennt dargestellt wurden, um anschließend die Zusammenhänge zu erklären. Vielmehr wurden von vornherein die Arbeiten an der Flächennutzungsplanung und die Umweltuntersuchungen gemeinsam (integriert) vorgestellt (vgl. Pkt. 2.1 und 2.2, Sprachgebrauch beim Anschreiben an die TÖB und Erläuterungen zum Thema Transparenz). Im Hinblick auf das Planungsverständnis hat sich dieses Vorgehen bewährt. Hinweise aus der Bevölkerung und von den TÖB zur Umweltrelevanz der Planungsoptionen gingen allerdings kaum ein. Die Funktion der Informationsgewinnung zur Verwertung im Rahmen der UVP - wie sie auf der Projektebene für das Verfahrenselement der Beteiligungen mitunter genannt wird - konnte auf dieser Planungsebene kaum eingelöst werden.

## 2.6 Datenbasis / Methoden

Die für Projekte angefertigten Umweltuntersuchungen basieren auf detaillierten Umweltinformationen. Diese Informationen werden durch wenige Methoden verarbeitet. Meist bildet eine - oft formalisierte - Methode (z.B. die ökologische Risikoanalyse) den Hauptbestandteil der Arbeit, die erforderlichenfalls durch methodische Exkurse zu besonderen Problematiken ergänzt wird.

Auf der strategischen Ebene zeichnen sich die Untersuchungen durch ein Arbeiten mit aggregiertem Umweltwissen aus. Durch die Verschiedenartigkeit der relevanten Umweltinformationen sind jeweils angepaßte Untersuchungsmethoden anzuwenden. Prinzipiell kommt es dabei nicht etwa auf das Kreieren neuer Methoden an, sondern auf die sinnvolle Kombination bekannter Methoden, die es ermöglichen, einen übergreifenden Bezug unter den Informationen herzustellen (vgl. auch Tab. 1).

*In Erlangen* geschah dies z.B. durch die Einordnung erwarteter Umweltfolgen einzelner Planungsoptionen vor dem Hintergrund gesamtstädtisch angestrebter Entwicklungsstrategien im Bereich Landschaftsplanung sowie Arten- und Biotopschutz. Nur in Einzelfällen waren hierfür spezielle Detailuntersuchungen erforderlich, so z.B. zur näheren Klärung von Altlastenverdachtsflächen. Der Methodenmix setzte sich zusammen aus flächendeckenden und punktuellen oder linienförmigen Untersuchungsansätzen (z.B. Auswertung des flächendeckenden Landschaftsplanes und Untersuchungen zur Schallausbreitung an Straßen), aus qualitativen und quantitativen Bilanzierungen (Verlust von ökologischen Funktionen und Angabe der beeinträchtigten Flächengrößen) etc. Oft konnte dabei auf vorhandene Umweltdaten zurückgegriffen werden; neu war dabei jedoch das Ziel und mithin die Systematik der Auswertung. In der zweiten UVP-Stufe wurde der methodische Ansatz aus der ersten UVP-Stufe zunächst vertieft (detailliert), danach methodisch er-

weitert, indem die Flächenbetrachtungen durch Prognosen über Auswirkungen induzierter Verkehre ergänzt wurden und schließlich neue Untersuchungsflächen in die Bearbeitung aufgenommen wurden. Dies geschah entsprechend des jeweils fachlich oder politisch begründeten Erkenntnisbedarfs.

## 2.7 Wechselwirkungen / Folgewirkungen / Kumulationen

Die Angabe von Wechsel- und Folgewirkungen sowie die Stellungnahme zu Belastungskumulationen ist Bestandteil einer guten Projekt-UVP. Interpretiert werden diese Anforderungen - sofern ihnen überhaupt Rechnung getragen wird<sup>8)</sup> - in der Regel hinsichtlich der Umweltmedien in naturwissenschaftlicher Weise. Wo dies aufgrund mangelnder Daten für den konkreten Fall nicht zu präzisieren ist, wird mitunter beispielhaft auf allgemein anerkannte Wirkungsbeziehungen wie z.B. Nahrungsketten verwiesen.

Bei der Diskussion grundsätzlicher Entwicklungsrichtungen im Rahmen einer strategischen UVP sind umweltrelevante Auswirkungen (und damit auch Wechselwirkungen etc.) auf andere Politikbereiche als die des fraglichen Programmbereichs zu erörtern. Von besonderer Bedeutung sind neben Auswirkungen auf die Umweltmedien humanökologische und umweltökonomische Implikationen der angestrebten programmatischen Ziele und der daraus abgeleiteten Maßnahmen (vgl. auch Tab. 1). Als Politikbereiche, die durch die Planungsoptionen in Erlangen neben der Stadtentwicklungspolitik diskutiert wurden, sind in erster Linie die Landwirtschaftspolitik und die Verkehrspolitik zu nennen. Die Landwirtschaft war nicht allein durch die Inanspruchnahme ihrer Flächen für urbane Nutzungen angesprochen, sondern zu einem nicht unerheblichen Teil auch durch die vorgesehene Nutzung ihrer Flächen als Ausgleichs- und Ersatzflächen, die nicht in ausreichendem Maße innerhalb der urbanen Stadtfächen zur Verfügung standen. Für die Landwirtschaft stand hier ein Bedeutungswandel<sup>9)</sup> ihres Berufszweiges zur Diskussion. Eng damit verbunden waren die Argumente wirtschaftlicher Implikationen dieses Bedeutungswandels für die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe (umweltökonomische Auswirkungen).

Ferner hatte die Frage der Trassierung der Stadt-Umland-Bahn und die Frage von Straßenausbaumaßnahmen großen Einfluß auf die angestrebten Planungsoptionen im Flächennutzungsplan. Gefragt wurde hier nach günstigen Erschließungssituationen einerseits und Lärm- und Immissionsbelastungen auf angrenzenden Flächen für die dort ansässige Bevölkerung andererseits (humanökologische Folgen).

## 2.8 Prognoseunsicherheiten / Beginn der UVP

Die Angabe von Prognoseunsicherheiten und Kenntnislücken ist bei der Projekt-UVP gefordert, doch

haben derartige Angaben in der Praxis kaum Bedeutung.<sup>10)</sup> Dies stellt sich für die strategische UVP ganz anders dar. Da es hier um die Prognose möglicher übergeordneter, also bereichs-übergreifender Entwicklungen und deren Umweltauswirkungen geht, sind diese Prognosen mit großen Unsicherheiten behaftet. Fände in der Dokumentation eine Beschränkung auf die Darstellung jener Entwicklungen und Auswirkungen statt, die mit relativ großer Wahrscheinlichkeit erwartet werden können, blieben nicht viele Prognosen übrig. Das Erfordernis besteht jedoch gerade in der (gesellschaftlichen) Diskussion möglicher Entwicklungsrichtungen und das vor allem im Hinblick auf die jeweils damit möglicherweise verbundenen umweltrelevanten Auswirkungen und Risiken. In der Konsequenz bedeutet dies aber nichts anderes, als daß gerade die Diskussion der Prognoseunsicherheiten eines der Hauptanliegen der strategischen UVP darstellen muß.

Aus dem Anforderungsprofil und den Zielen der Projekt-UVP - z.B. gestaltende Mitwirkung an der Planung - erwächst die Notwendigkeit eines möglichst frühzeitigen Beginns der UVP. Formal sollte dieser Beginn gleichzeitig mit dem originären Planungsverfahren einsetzen. Analoges gilt für den informellen Planungsvorlauf, der günstigerweise bereits mit informellen Vorarbeiten zum UVP-Verfahren zu begleiten ist.

Die Steuerungsaufgabe der strategischen UVP, die Forderung der Eröffnung umweltverträglicher Entwicklungsmöglichkeiten, kann um so besser eingelöst werden, wenn die strategische UVP vorausschauend angelegt ist und ihr somit eine Initialwirkung zukommt. Die Initiative ist seitens der strategischen UVP zu ergreifen, wenn zukünftig umweltrelevantes Konfliktpotential erwartet werden kann. Dieses kann erkannt werden, wenn z.B. eine kontinuierliche Beobachtung aller Politik- oder Handlungsbereiche betrieben wird, daraus jeweils (Bereichs-)Prognosen entwickelt werden und in der Überlagerung dieser Prognosen systematisch nach Konfliktpotential gesucht wird (vgl. Pkt. 2.4; s.a. Tab. 1).

## 3. Fazit

In Abschnitt 2 wurde dargelegt, wie sich einzelne Aspekte der Projekt-UVP bei einer Anwendung des Instrumentes auf einer strategischen Ebene verändern würden. Tabelle 1 gibt die einzelnen Aspekte zusammenfassend wieder:

Während die Spalte "Projekt-UVP" durchaus das Profil der Projekt-UVP in ihren wesentlichen Aspekten beschreibt, kann die Spalte "Strategische UVP" nicht in Gänze als Beschreibung oder Anforderungsprofil eines neuen Instrumentes "strategische UVP" dienen. Die Zusammenschau der zu den einzelnen Aspekten genannten Hypothesen zur strategischen UVP liest sich vielmehr als idealtypische Vorstellung eines ausgewogenen politischen Prozesses oder einer erstrebenswerten Planungskultur,

die wir bislang noch mit keinem Instrument erreichen konnten und wohl auch kaum erreichen werden. Dies liegt sicherlich nicht allein darin begründet, daß bereits diese idealtypische Vorstellung in der praktischen Umsetzung Widersprüchlichkeiten beinhaltet wie z.B. zu den Stichpunkten Transparenz, Akzeptanz und Komplexität oben ausgeführt. Insofern kann diese Beschreibung zwar als generelle Orientierungshilfe bei der Behandlung eines gesellschaftlichen (planerischen) Konfliktes dienen, jedoch kann daraus nicht zwingend die Ausgestaltung eines (womöglich einzigen) planerischen Instrumentes folgen.

Für die Diskussion um das neue Instrument "strategische UVP" heißt dies vor allem, daß es meist *nicht* praktikabel ist, die Elemente der Projekt-UVP auf einer strategischen Ebene "in entsprechend angepaßter Weise" zu handhaben. Damit sich das neue Instrument als wirkungsvoll erweist, muß es in seiner Ausgestaltung gezielt beschränkt werden. Auf welche Aspekte das Instrument zielen sollte, hängt von den jeweiligen Ausgangsbedingungen ab und kann nicht generell definiert werden. Soll das neue Instrument dennoch gesetzlich normiert werden, können daher die Bestimmungen nur relativ unkonkret als Rahmenbedingungen formuliert werden. Wie das Beispiel Erlangen und die angeführten Überlegungen deutlich zeigen, setzt ein sich ständig verändernder Prozeß in Verbindung mit den fallbezogenen Besonderheiten sowohl hinsichtlich des Verfahrens als auch in Bezug auf inhaltlich-methodische Aspekte Grenzen für zweckmäßige Formalisierungen. Die Akzeptanz dieser Grenzen ist unbedingt erforderlich, um die notwendige Flexibilität er strategischen UVP zu gewährleisten.

Die Vielzahl der aufgezeigten möglichen Anforderungen an eine strategische UVP kann indes auch als Indiz dafür gewertet werden, daß die heute in der Planung benutzten Verfahren und Instrumente nicht mehr zeitgemäß sind. Die rasante Entwicklung kommunikativer Möglichkeiten und die Veränderungen unseres gesellschaftlichen Selbstverständnisses, die sich seit der Einführung unserer planerischen Verfahren und Instrumente vollzogen haben, können durchaus Anlaß geben, unsere planerischen Herangehensweisen zu überdenken und in größerem Maße umzugestalten.

## Anmerkungen

<sup>1)</sup> F+E-Vorhaben Nr. 101 02 141 des Umweltforschungsplans.

<sup>2)</sup> Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens sind in zwei Bänden veröffentlicht: HÜBLER, K.-H., C. RIEHL & B. WINKLER-KÜHLKEN (1995): UVP in der Bauleitplanung - Praxisprobleme und Lösungsvorschläge. Band 1: "Leitfaden zur UVP in der Bauleitplanung mit dem Schwerpunkt auf der Ebene der Flächennutzungsplanung".- Reihe "Berichte" des UBA 6/95, Berlin; DIES. (1995): Band 2: "Auswertung kommunaler Beispiele zur UVP in der vorbereitenden Bauleitplanung".- Reihe "Texte" des UBA 69/95, Berlin.

<sup>3)</sup> zit. aus HÜBLER ET AL., a.a.O., Bd. 2: 117.

<sup>4)</sup> Vgl. KOCH, M. (1996): Qualitätssicherung und -kontrolle bei der Umweltverträglichkeitsprüfung.- UVP-report 3+4/96: 126.

<sup>5)</sup> Einige Kommunen haben detaillierte Verfahrensregelungen installiert wie z.B. Wiesbaden, vgl. etwa VOTSMIEIER, T. (1996): Quo vadis kommunale UVP?- UVP-report 3+4/96: 155.

<sup>6)</sup> Es ist dabei anzunehmen, daß die "ausgewählte Entwicklungsoption" während des Entscheidungsprozesses inhaltlich laufend aktualisiert bzw. modifiziert werden muß.

<sup>7)</sup> Vgl. KLEMISCH, H. (1995): UVP und Öko-Audit - Instrumente zur Demokratisierung des Umweltschutzes?- UVP-report 5/95: 226.

<sup>8)</sup> Vgl. KOCH, M., a. a. O.: 125 und KIELHORN, U. (1996): Berlin - Ein Naturschutzverband nimmt Einfluß.- UVP-report 1/96: 15.

<sup>9)</sup> Verlust landwirtschaftlicher Flächen vermindert die Versorgungsmöglichkeit der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten, die Funktion der ländlichen Gebiete als Erholungsraum für die Stadtbevölkerung, Funktionen der Landwirte als Landschaftspfleger und Naturschützer in Verbindung mit einer notwendigen Vergütung dieser Leistungen.

<sup>10)</sup> Vgl. KOCH, M., a.a.O.: 125 und BRÜNING, H. (1995): Die häufigsten Mängel beim Scoping.- UVP-report 2/95: 77.

## Anschrift der Verfasserin:

Dipl.-Ing. Claudia Riehl  
Technische Universität Berlin  
Fachbereich 10 / Verkehrswesen  
Hardenbergstraße 4-5  
D-10623 Berlin

# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Laufener Spezialbeiträge und Laufener Seminarbeiträge \(LSB\)](#)

Jahr/Year: 1997

Band/Volume: [5\\_1997](#)

Autor(en)/Author(s): Riehl Claudia

Artikel/Article: [Anforderungen an eine strategische UVP - dargestellt am Beispiel der Bauleitplanung der Stadt Erlangen 85-94](#)